

# Wie ein Schild einen Streit entfacht

Info-Tafel für den Appener Platz der Kinderrechte wird zum Politikum

Anna Goldbach

**W**ir haben keinen Kinderschutzbund, aber wir haben Appen musiziert“, wurde Hans-Peter Lütje (CDU) während der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung nicht müde zu wiederholen. Damit verteidigte der Bürgermeister vehement die Anpassungen eines Schildes, dass der Verein Appen musiziert am Platz der Kinderrechte aufstellen möchte. Jene Anpassungen waren es, an denen SPD und WGA sich so sehr störten, dass sie gegen den Antrag stimmten.

Aber von vorn: Rolf Heidenberger, Initiator des Vereins Appen musiziert und der Aktion Keine Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, hatte einen Antrag zur Aufstellung eines Schildes am Platz der Kinderrechte gestellt.

In seinem Antrag bezieht Heidenberger sich auf die Forderung der Gemeindepolitik, der Platz solle „mit Leben gefüllt werden“. Genau das habe Appen musiziert vor. „Da heute nur ein sehr kleines Schild auf diesen symbolisch wichtigen Platz hinweist, möchte Appen musiziert ein erklärendes Bild mit Erläuterungen aufstellen“ heißt es weiter im Antrag. Das Schild könne für Eltern, Lehrkräfte oder Erzieherinnen Anlass sein, Kindern ihre Rechte zu erklären.

Es zeigt unter der Überschrift „Platz der Kinderrechte“ Kinder mit Sprechblasen, in denen Rechte wie das auf ein Privatleben und Würde, auf Bildung, auf Schutz vor Krieg oder auf gesellschaftliche Teilhabe, benannt werden. Darunter zu lesen ist der Schriftzug „Am 10.03.24 benannt auf Initiative von Appen musiziert als öffentliches Bekenntnis zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes (1989)“. Eine weitere Sprechblase ist außerdem mit einem QR-



Bürgermeister Hans-Peter Lütje (CDU, links) und Appen-musiziert-Initiator Rolf Heidenberger sind enttäuscht von einer Entscheidung der Gemeindevertretung. Archivbild: Anna Goldbach

Code versehen, der über die Webseite von Appen musiziert auf eine Unterseite zu besagten Kinderrechten leitet.

Und genau da beginnen die Unstimmigkeiten: Der Ausschuss Schule, Kultur, Sport, Soziales (SKSS) hatte nämlich empfohlen, den

„Ich bin für das Schild, kann aber nicht für einen QR-Code stimmen, wo wir nicht wissen, welche Inhalte hochgeladen werden.“

Nils Carstens (WGA)  
Ausschussmitglied

Satz unter dem Bild wie folgt zu ändern: „Am 10.03.2024 durch einstimmigen Beschluss im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Soziales benannt als öffentliches Bekenntnis zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes (1989)“. Außerdem soll eine Hilfstelefonnummer direkt auf dem

Schild zu finden sein. Ein QR-Code sollte auf die UN-Konvention verweisen: Darauf beharrte auch Petra Müller von der Appener SPD-Fraktion.

Das Problem: Der SKSS-Ausschuss dürfe nicht einfach einen anderen Entwurf beschließen beziehungsweise empfehlen, wie Amtsdirektor Frank Wulff, der an dem Abend aus gesundheitlichen Gründen verhindert war, durch Lütje verlesen ließ. Das habe die Kommunalaufsicht bestätigt. Weiter heißt es in Wulffs Schreiben: „Es geht hier nur um die Entscheidung, das Schild in der beantragten Form aufzustellen oder nicht. Die Gestaltung ist urheberrechtlich geschützt. Die Stadt Elmsborn besitzt die Rechte. Gleichwohl ist es das einheitliche Schild für derartige Plätze.“ Das Bild stammt im Ursprung von einer Künstlerin aus Elmsborn. Heidenberger hatte durch die Stadt die Erlaubnis erhalten, die Beschriftung sowie den QR-Code entsprechend anzupassen. Das Urheberrecht

bleibt auch mit Änderungen bei der Stadt.

Damit gaben sich einige Gemeindevertreter nicht zufrieden. Was Vertreter der WGA und SPD jedoch besonders zu stören schien, war der QR-Code. Unter diesem solle etwas zu finden sein, „das nicht veränderbar

„Ich weiß gar nicht, was ihr für ein Problem habt.“

Jürgen Koopmann (CDU)  
Ausschussmitglied

und für die Kinder ist – und nicht irgendwelche Kriminalstatistiken zeigt“, fand Müller. Auch Nils Carstens (WGA) schlug in diese Kerbe: „Ich bin für das Schild, kann aber nicht für einen QR-Code stimmen, wo wir nicht wissen, welche Inhalte hochgeladen werden von einer nicht staatlichen Organisation.“

Lütje erlaubte sich dazu die Anmerkung, dass auch

der Kinderschutzbund keine staatliche Organisation sei, versuchte erneut, sich für das Schild und Appen musiziert starkzumachen. Jürgen Koopmann (CDU) zeigte sein Unverständnis über die Diskussion. „Ich weiß gar nicht, was ihr für ein Problem habt“, konterte er WGA und SPD.

Und auch Alexander Sprick von der FDP hatte gegen Ende die Nase voll. „Man kann doch mal jemanden honorieren, der sich seit Jahren für Kinder einsetzt und die Initiative ergreift“, befand er.

Das Ende vom Lied? Obwohl mehrfach betont wurde, dass man ja für das Schild, aber gegen die genaue Gestaltung sei, wurde der Antrag mit sechs Ja- zu sieben Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Lütje quittierte die Entscheidung mit einem Kopfschütteln: „Ich finde das sehr traurig“, meinte er ratlos.

Enttäuscht und sauer zeigte sich auch Heidenberger über die Entscheidung: „Mit Unverständnis habe ich das unwürdige Verhalten der Wählergemeinschaft e.V. und Teilen der SPD, die das Wort sozial sogar in ihrem Namen trägt, die Infotafel zum Thema Keine Gewalt gegen Kinder abzulehnen, zur Kenntnis genommen“, schreibt er in einem Statement. Auch das bestehende Urheberrecht umgehen zu wollen, halte er für „mehr als fragwürdig“.

Es sei sehr durchsichtig, dass WGA und SPD die Initiative für sich offenbar kapern wollten und „Appen musiziert als Initiator von dem von uns beantragten Schild verbannen und sich selbst in den Vordergrund schieben wollten“. Statt sich für die Kinder und die gute Sache einzusetzen, würde Politik gegen Heidenberger gemacht, schildert dieser seinen Eindruck. „Offenbar aus eigener Profilierungssucht.“